

Beilage zu Nummer 169 der Volksstimme.

Donnerstag den 22. Juli 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 22. Juli 1915.

Zur Regelung der Volksernährung.

Wie bekannt, steht der Erlass einer Bundesratsverordnung gegen den Nahrungsmittelwucher unmittelbar bevor.

Durch gemeinsamen Erlass der preussischen Minister für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft und des Innern sind Ausführungsanweisungen zu der Verordnung des Bundesrats über den Verkauf von Fleisch- und Fettwaren ergangen. Danach können die Gemeinden Anordnungen treffen, um mißbräuchlicher Verwertung der Waren und unangemessenen Preisforderungen entgegenzutreten. Auch sind die Gemeinden befugt, den Verkauf oder die Abgabe an Personen zu untersagen, die außerhalb der Gemeinden ihren Wohnsitz haben.

In gleicher Weise ergingen Ausführungsanweisungen über den Ausgang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels. Die den Ortspolizeibehörden in den §§ 73 und 74 der Reichsgewerbeordnung beigelegte Befugnis wird auf alle Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgedehnt. Die in dem Aufschlag angegebenen Preise dürfen zwar nach Belieben des Geschäftsinhabers verändert werden, sie bleiben aber solange in Kraft, bis ein neuer, mit polizeilichem Stempel versehener Aufschlag ordnungsmäßig ausgehängt ist.

Wie ist das möglich?

Im Frankfurter „General-Anzeiger“ vom 20. Juli finden wir dieses Auserat:

Achtung! Beschlagnahmefreies Weizenmehl!

gar. reines Weizenmehl, 4 0/70 per Pfund jedes Quantum per Nachnahme. Ohne Provision erhältlich. Größter Quantität billiger.

Beschlagnahmefreie Futterartikel!

Malzextrakt groß oder fein 4 30,- per 50 Kilo mit oder ohne Nachnahme oder vorherige Kasse.
J. Schmitt, Dampfsmühle Mainz, Telegramme Schmitt-Dampfsmühle Mainz, Telefon 296 und 768, Schleichbach 74.

Danach scheint die Möglichkeit der Mehlbeschaffung ohne Brotkarte trotz aller scharfen Bestimmungen, die den Unvermögenden treffen, immer noch vorhanden zu sein. Die Leute, die Dank eines großen Geldbeutels in der glücklichen Lage sind, 70 Pf. für ein Pfund Weizenmehl zu bezahlen, können also auch in Kriegzeiten noch Kuchen und andere gute Sachen essen. Es handelt sich hier um ein offenkundiges Unrecht, mag das Mehl herkommen, wo es will. Ein solches Auserat wirkt auf die minderbemittelte Bevölkerung geradezu aufreißend. Sollte, wie es wahrscheinlich ist, das Mehl im Ausland sein und die Lieferungen ab dort erfolgen, so müßte wenigstens dafür gesorgt werden, daß solche Anpreisungen in den Zeitungen unterbleiben. Denn was haben schließlich alle Bundesratsverordnungen für einen Wert, wenn sie in dieser Weise umgangen werden dürfen?

Sicherung der neuen Kartoffelernte.

In der „Frankf. A.“ schreibt jemand: Die Frage des Lebensmittels ist bekanntlich gegenwärtig alle Kreise, dabei wird aber ein eminent wichtiger Punkt nicht genügend beachtet, nämlich die Sicherung, daß die neue Kartoffelernte in den Handel kommt und zwar zu mäßigen Preisen. Überall sind Händler mit dem Aukauf beschäftigt, bald wird ein großer Teil in ihren Händen und damit dem Lebensmittelmangel auch bei den Kartoffeln freies Feld eingeräumt sein. Bekanntlich sind aber die Kartoffeln neben dem Brot das Hauptnahrungsmittel der minderbemittelten Kreise. Schon jetzt können diese, — sofern überhaupt Kartoffeln trotz des Überflusses zu haben sind — ihren Preis kaum erdriegen, wie soll das erst in Zukunft werden? Jeder mit den Verhältnissen Vertraute weiß, daß Erhebungen der Unterstützung der Kriegsteilnehmerfamilien und der Armenunterstützung teils gar nicht, teils nur langsam zu erreichen sind und daß sie eine in die Millionen gehende Mehrbelastung des Kriegsfürsorge- und Armenbudgets der ohnedies schon schwer belasteten Gemeinden mit sich bringen zum Vorteil profitfluhtiger Produzenten und Händler. Hier muß geholfen werden, und der Weg dazu ist eben wohl doch nur: schnelle Beschlagnahme der Ernte. Einführung von Höchstpreisen und von Verkaufszwang an die Gemeinden. Nächstens heißt es jetzt dem Beispiel der Militärbehörden folgend, rasch und energisch handeln, damit nicht, wie der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften seine Ausführungen in Frankfurt schloß, der Krieg dazu führt, daß die große Masse die Opfer des Krieges zugunsten weniger bringen muß.

Erbitterung über den Lebensmittelwucher.

Die Erbitterung über die Wucherer ist jetzt allgemein geworden. In welcher Form sie sich äußert, mag man an einigen Beispielen erkennen. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ schreibt in seiner jüngsten Nummer 15, daß trotz genügender Vorräte die Preise unerschwinglich seien; Millionen Deutsche hätten zudem ein vermindertes Einkommen; Produzenten und Händler aber beanspruchten einen noch höheren Gewinn als zu normalen Zeiten. Dann heißt es weiter:

„Derweil darben Millionen Frauen und Kinder, denen es an Mitteln fehlt, das Notwendigste einzukaufen. Die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung kann diese Befahrung nicht weiter tragen, ohne großen Schaden zu nehmen. Eine tiefgehende Erbitterung macht sich breit, weil die Last des Krieges sich in so ungleichmäßiger Weise verteilt. Dieser Sachlage dürfen die Regierenden nicht mehr länger latentlos zusehen. Es darf nicht übersehen werden, daß dadurch die Stimmung im Meer unangenehm beeinflusst wird. Es ist überaus bitter für den im Felde Stehenden, wenn er weiß, daß seine Lieben in der Heimat wucherische Preise zahlen müssen. Dieser heftige Zustand hat aber auch seine großen Wirkungen über den Krieg hinaus.“

Der „Ved. Beobachter“, ein Zentrumsblatt, schlägt einen Leichen Kon on; er faßt in Nr. 319:

Das Volk verblute sich im Felde brauchen, um einen mächtigen Feind zu Boden zu werfen, im Innern um einigen Krämer den Beutel zu füllen.

Das nämliche Blatt nennt es in Nr. 324 „ein Verbrechen am deutschen Volk und seiner Gesundheit, wenn der Bundes-

rat selber die Drosselschnur höherer Getreidepreise und wachsender Zuladung schloffen würde.

Auch die Dortmunder „Trenonia“ (Nr. 197) beschuldigt die Bauern der Umgegend des Wuchers. Und das „Bayerische Vaterland“ sagt in einem Artikel in Nr. 154:

„Das nunmehr genügend oft gebührte „Gott strafe England!“ sollte außer Rurs gesetzt und statt dessen denen, die es angeht, laut und immer lauter ins wattierte Ohr gerufen werden: „Gott strafe unsere Lebensmittelwucherer!“

Dann hätte sich jemals die Empörung im Volke in solchem Umfang und in solchen Formen Luft gemacht. Mögen alle, die es angeht, die Lehre daraus ziehen und sofort rücksichtslos handeln.

Kommunaler Zudeverkauf in Westdeutschland.

Seit dem 15. Juni hat die Stadt Aachen 13 500 Zentner Zuder bezogen und zum Selbstkostenpreis an die dortigen Geschäfte abgegeben, die den Zuder zu einem festgesetzten Preise weiterverkaufen müssen.

Die Stadt Aachen gibt Kristallzuder, fünf Pfund zu 1.40 Mark, durch bestimmte Geschäfte ab. Sie weist darauf hin, daß sie einen besonders günstigen Abschluß gemacht habe und die Preise viel billiger als in den Kolonialwarenhandlungen seien.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Hessen und Hessen-Nassau.

Im Metallgewerbe gestaltete sich die Vermittlungstätigkeit im Juni noch schwieriger als im Vormonat. Die Munition anfertigenden Fabriken haben sich einen neuen Stamm von Arbeitskräften aus anderen Berufen aneignert oder beschäftigten weibliche Kräfte. In einer Anzahl Fabriken werden Kriegsgefangene beschäftigt. Die Nachfrage nach Schmiedern, die schon immer stark war, stieg im Juni ganz bedeutend; viele Stellen konnten nicht besetzt werden. Auch bei den Wagnern konnten nicht alle offenen Stellen besetzt werden. Für Sattler macht sich eine Abnahme der Arbeitsgelegenheit bemerkbar, für Carosseriebauern dagegen fehlte es an geeigneten Spezialarbeitern. Der Deutsche Tapeziererverband in Frankfurt a. M. berichtet, daß die Nachfrage nach Arbeitern gegen den Vormonat wesentlich gesunken sei. In der Portefeuliebranche zeigte sich im Berichtsmonat eine geringe Belebung im Inlandsgeschäft und im Geschäft mit neutralen Vändern. Arbeitermangel herrschte nicht. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe war nach dem Bericht des Städt. Arbeitsamtes Frankfurt a. M. die Beschäftigung für Bau- und Möbelschreiner auf Kundsaatsarbeit gut; nicht alle Stellen konnten besetzt werden. Für Aufschläger war immer noch keine Nachfrage vorhanden, so daß nur wenige Bewerber untergebracht werden konnten. Nach Aachen berichten starke Nachfrage, nicht alle offenen Stellen konnten besetzt werden.

In der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel glied sich nach dem Bericht des Städt. Arbeitsamtes Frankfurt a. M. bei den Wädern Angebot und Nachfrage aus. Nach dem Bericht der Fleischer-Zunftung hat sich der Zugang der Gesellen gegen den Vormonat weiter gehoben. Der Deutsche Tabakarbeiterverband in Frankfurt a. M. berichtet, daß in der Zigarettenindustrie der Geschäftsgang noch sehr gut, in der Zigarettenindustrie befriedigend war; am Schluß des Monats waren keine Arbeitslosen mehr vorhanden. Im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe war besonders Nachfrage nach Schuhmachern. Nach dem Bericht der Schneider-Zunftung in Frankfurt a. M. ging die Arbeit in der Zivilschneiderei sehr zurück, dagegen war in der Uniformschneiderei noch immer genug Arbeitsgelegenheit vorhanden, so daß auch eine große Anzahl weiblicher Mitarbeiter der Zunftung mit Aufträgen versehen werden konnte. In der Damenschneiderei war die Beschäftigungsgelegenheit nicht gut.

Im Nahrungsgewerbe hat sich die Lage nicht gebessert. Die private Gastwirtschaft hat weiter abgenommen, da die Pauten aus dem Herbst und Winter inzwischen fertig gestellt wurden, und neue Pauten nur sehr wenig in Angriff genommen wurden. Nach dem Bericht der Städt. Baupolizei in Frankfurt a. M. waren am 2. Juli an 40 Rohbauten und 132 Ausbauten 2300 Arbeiter beschäftigt, gegen 59 — 165 — 2403 am 3. April und 62 — 179 — 2717 am 10. Januar. Eingestellte Bauten wurden am 2. Juli 51 gerichtet, gegen 51 am 3. April und 44 am 10. Januar.

Im gewerblichen Gewerbe war die Geschäftslage die gleiche wie im Vormonat, eine Besserung war nicht zu verzeichnen. Bei den Schriftgebern trat eine weitere Verschlechterung ein, da eine zweite Gießerei die Arbeitszeit auf 4½ Stunden täglich herabsetzte. Der Betrieb in den Gießereien wird mit ungefähr 15 Prozent der vor dem Kriege beschäftigten Arbeiter aufrecht erhalten.

Für Erdarbeiter und Ungelernte war die Lage die gleiche wie im Vormonat. In Aachen war rege Nachfrage nach Bau- und Erdarbeitern, so daß die offenen Stellen nur teilweise besetzt werden konnten. Auch in Wiesbaden war für Bau-, Erb- und Gelegenheitsarbeiter reichlich Beschäftigung vorhanden. An der Erdaltersperre bei Gemfurt wurden 40 Erdarbeiter gesucht, es konnten aber keine Leute vermittelt werden. Für jugendliche Arbeiter, Lader und Ausläufer war die Arbeitsmarktlage die gleiche wie im Vormonat. In Genua a. M. wurden noch ca. 70 Notkhandarbeiter beschäftigt.

Im Gastgewerbe hat die anhaltende warme Witterung lebend auf den Arbeitsmarkt gewirkt. Die Zahl der befestigten Stellen war höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zahl der Ausbittsteller ist durch den Krieg bedeutend zurückgegangen.

Die Lage des Arbeitsmarktes in der Landwirtschaft war sehr gut. Zum Gemachen sowie Pflanzensetzen und Kartoffelbaden reichten die Leute aus, weil durch die Militärbehörden den Landwirten viele Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt wurden; auch Gefangene und Frauen wurden viel beschäftigt. Gegen Ende des Monats war der Geschäftsgang wieder etwas ruhiger, weil mit der Ernte noch nicht angefangen werden konnte. Die Nachfrage nach Knechten konnte fast vollständig befriedigt werden.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt ist der Geschäftsgang für weibliches Hauspersonal ruhig. Die Gerichten bieten geringere Löhne, stellen aber große Ansprüche

kehr. Zeugnisse und Leistungen. Für die Waid- und Bugfrauen war weniger Arbeitsgelegenheit vorhanden als im Vormonat.

Ferienpausiergänge. Die Teilnahme an den Ferienpausiergängen ist in diesem Jahre, wenigstens vorerst, nicht so zahlreich wie in früheren Jahren. Am ersten Tage waren etwa 2200 Kinder, am zweiten etwa 100 weniger anwesend. Dabei tritt die seltsame Erscheinung zutage, daß von den sich einfindenden Kindern etwa ¾ Mädchen und ¼ Knaben sind. Das mag seine Erklärung wohl darin finden, daß Knaben eher sich selbst überlassen bleiben können und mehr dazu neigen, ihre eigenen Wege zu gehen. Immerhin würde es für die meisten besser sein, wenn sie ihre Erholung zusammen mit ihren Altersgenossen und unter der Obhut von Erwachsenen suchen würden und es wäre erwünscht, wenn die Eltern auch die Knaben mehr zur Teilnahme anhielten. Die geringere Teilnahme dürfte zum Teil auch aus dem Umstände zu erklären sein, daß viele Schulkinder mit Erntearbeiten beschäftigt sind. Besonders auf den Gütern in der Nähe der Stadt form man Schulkinder in größerer Zahl bei den Erntearbeiten sehen.

Diebstahl an geistigem Eigentum. Der Architekt S a n n e m a n n dahier hat bis zum Jahre 1912 in einem Geschäftsverhältnis zu einem anderen Architekten am Blase gestanden und war zuletzt gegen Entschädigung für diesen tätig. Eine Spezialität, in der dem früheren Gesellschafter große praktische Erfahrungen zur Seite standen, war der Bau von Tribünen bei Kaiser-Paraden. Hannemann brachte eines Tages in Erfahrung, daß er bei einem Wettbewerb um eine derartige Tribüne in Münster gegenüber einer Firma an diesem Blase unterlegen sei. Er wandte sich darauf zunächst brieflich nach Münster, führte sich bei dem Unternehmer als in Tribünenbauten besonders erfahren ein und lieferte ihm gegen Entschädigung Pläne, Kostenaufschläge, Berechnungen usw., welche er auf dem Bureau weggenommen hatte und von denen er meinte, daß dem Bestohlenen ein geistiges Eigentumsrecht an ihnen zustehe. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen Diebstahls in ideeller Tateinheit mit Vergehen gegen das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb zu 3 Wochen Gefängnis, welche als Zusatz zu einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe zu gelten haben, die Hannemann unlängst vom Schwurgericht wegen Fälschung einer Eisenbahn-Fahrkarte zudiktirt worden ist.

Ein deutsch-feindlicher Schweizer. Der Stallschweizer Josef Huber aus dem Kanton Appenzell war zuletzt in Erbenheim beschäftigt. Dann und wann scheint er dort den Spürnasen über Gebühr ausgeprochen zu haben und hat dabei allerlei Unfug verübt, bis er endlich am 31. Mai in Untersuchungshaft genommen wurde. Vor der Strafkammer versicherte er, nicht im geringsten deutschfeindlich zu sein, er sei betrunken gewesen und wisse nicht mehr, welche Unmessenheiten er gemacht habe. Es traf ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angedehnt wurde.

Liebesgaben unterdrücken. Dieser Tage ist ein Dienstmädchen Meidinger aus Bayern wegen einer ganzen Anzahl von Straftaten in Untersuchungshaft genommen worden. Das Mädchen war zeitweilig in einem hiesigen Restaurant bedienstet. Ein Sohn des Dienstherrn steht im Felde. An diesen sowohl, wie auch an andere bekannte Soldaten wurden vielfach Liebesgaben geschickt, Zigaretten, Schokolade usw. Da machte man denn die Beobachtung, daß die meisten dieser Sendungen nicht an ihre Adressen gelangten, und zuletzt entstand der Verdacht, daß das Dienstmädchen die Sendungen unterdrückt und sich den Inhalt der Pakete angeeignet, reiß das zur Finanzierung erhaltene Geld unterschlagen habe. Zunächst leugnete das Mädchen mit aller Entschiedenheit. Es ging sogar so weit, Dritten gegenüber die Dienstherrschaft als die zu bezeichnen, welche sich an den Sendungen unrechtmäßig bereichert hätte. Als ihm endlich die Verurteilungen auf den Kopf angelagert wurden, machte es sich davon und verübte in dem benachbarten Schierstein Betrugsversuche, indem es auf den Namen der Dienstherrschaft bei einem Weipen sich Markt zu verschaffen versuchte. Demnach wird es sich vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Unglückliche Stürze. Der 9 Jahre alte Schüler M e i e r von hier, welcher dieser Tage an der Infanterieschule durch eine fallende Türe schwer verletzt wurde, ist im Paulinenstift gestorben. — Der 54jährige Wilhelm B i e r b a u e r aus Bierstadt, welcher vorgerstern in der ersten Schicht auf die Tenne herabstürzte und dabei einen Schädelbruch erlitt, ist ebenfalls im städtischen Krankenhaus gestorben. — Gestern nachmittags stürzte beim Kesselformen an der Hauptpost der 19jährige Fensterputzer Wilhelm Blum vom ersten Stock herab und erlitt eine Gehirnerschütterung. Er kam ins städtische Krankenhaus.

Reisen nach Opatow. Ueber die Reise nach Opatowen hat der Oberbefehlshaber Ost nachfolgende Verfügung erlassen: Vom 1. August ab sind alle Personen, welche das preussische Gebiet nördlich des Remei, Ruz., Scherwin-Stronow, sowie die Russische Regierung von Kiden einschließlich ab nach Norden bereisen oder das Russische Gebiet nördlich der allgemeinen Linie Karlsen-Riden betreten wollen, verpflichtet, einen vorchriftsmäßigen Ankaufsschein oder einen polizeilichen Anweisungsschein zu führen. Der Anweisungsschein muß von der heimatischen Polizeibehörde ausgestellt sein und eine aus neuerer Zeit stammende, behördlich abgestempelte Photographie enthalten.

Die höchsten Fleischpreise im Kleinhandel im Monat Juni hatten nach amtlichen Feststellungen Frankfurt und Wiesbaden. Während man in Dillenburg für Schweinefleisch (außer Keule und Bug) 1 Mark für das Kilo zahlte, war es in Bad Somburg 1.60 Mark, in Limburg 1.90 Mark, in Ditz 2.80 Mark, in Montabaur 3 Mark, in Wiesbaden 3.20 bis 3.60 Mark und in Frankfurt 3.40 bis 3.60 Mark. Auch roher Schinken im Aufschnitt war in beiden Städten am teuersten. In Wiesbaden 6 Mark und Frankfurt a. M. allen voran 6.40 Mark das Kilo. Die höchsten Preise hierfür waren in Ditz, Dillenburg und Weisburg mit 4.80 Mark angesetzt.

Selbstlose Gemüschauern? Wie aus Düsseldorf berichtet wird, hat eine Verammlung des Gemüschneidervereins Düsseldorf-Damm beschloffen, die Stadtbewirtschaftung durch eine geregelte Anlieferung von frischem Gemüse und Kartoffeln zu unterstützen. Eine solche dauernde Verbindung werde den Gemüschauern auch zu Zeiten eines Preissturzes zugute kommen; man dürfe sich nicht darauf verlassen, ob eine Mark oder mehr zu erzielen sei; es gelte vielmehr, eine dauernde Befriedigung der Markverhältnisse herbeizuführen. Auf Grund einer Vereinbarung mit der Stadt wurden die Preise für die einzelnen Verkaufsereignisse durch Vertrauensmänner festgesetzt. Dieses Vorgehen der Gemüschneider ist ja recht klug. Bestimmte Erfahrungen aber mögen nicht ausreichen, ob dieses Verfahren nicht darauf hinausläuft, ihnen

andauernd hohe Preise zu sichern. Doch sie von ihm Vorteil bei einem Preissturz erhoffen, nützt die Vermutung sehr stark.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wiesbaden, 22. Juli. (Aus der Partei.) Die Parteiverammlung am Dienstag war sehr gut besucht. Das Referat des Genossen Bogner — er sprach über: „Das Gebot der Stunde“ — bildete den Hauptgegenstand der Tagesordnung. Nach seiner anderthalbstündigen Rede fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung protestiert gegen den von gewissenlosen Kapitalisten vertriebenen Lebensmittelpreis und erwartet von der Regierung, daß sie diesen rücksichtslos ein Ziel setzt. Im weiteren erklärt sich die Versammlung mit allen Bekämpfungen einverstanden, die dahin gehen, einen baldigen dauernden Frieden einzuleiten, ohne daß direkte oder vermittelte Annexionen erfolgen. Dem von den Genossen Gasse, Bernheim und Kautsky veröffentlichten Artikel „Das Gebot der Stunde“ stimmt die Versammlung zu. Dem Genossen Gasse erwartet sie, daß er auch weiter auf seinem Posten bleibt.“

Wiesbaden, 22. Juli. (Der Landwirtschaftliche Konsumverein) hielt am Samstagabend im Gasthaus „Zum Wären“ seine diesjährige 31. Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht für 1914 geht hervor: Die Warenbezüge sind infolge des Krieges nicht in der Höhe der Vorjahre erfolgt. Innerhalb sind an Mehl und anderen Futtermitteln, künstlichem Dünger, Sämereien, Saatkartoffeln und Kohlen insgesamt für 65 015,47 Mark bezogen. Diese Waren wurden mit ganz geringem Aufschlag an die Mitglieder abgegeben, wofür 67 208,58 Mark erzielt wurden, also ein Mehr von 2188,11 Mark, was einen Nettogewinn von 345,07 Mark ergab. Der Verein hat kurz nach Ausbruch des Krieges 400 Mark zur Linderung der Kriegsnot gestiftet, hiervon erhielt der Kreisverein des roten Kreuzes 250 Mark. Auf Antrag wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Aus den umliegenden Kreisen.

Kreistag des Kreises Höchst.

Im Kreishaufe zu Höchst trat der Kreistag zu einer Tagung zusammen, die in erster Linie über die Versorgung des Kreises mit Brotgetreide auf dem Wege der Selbstwirtschaft oder durch die Reichsgetreidegenossenschaft beriet. Es war wohl das erste Mal, daß im Höchst Kreishaufe die Kreistagssitzung aufeinanderpflanzten. Während sonst alle vom Kreisrat vorgelegten Wünsche glatt und widerstandslos Genehmigung fanden, offenbarten sich hier die kassenden inneren Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft in ihrer besten Schönheit.

Vor 14 Tagen schon hatte sich der Kreisrat mit der Frage eindringlich beschäftigt und war zu dem Entschluß gekommen, bezüglich der Versorgung des Kreises mit Brotgetreide keine Selbstwirtschaft zu treiben, ein Beschluß, der sofort in der landwirtschaftlichen Kreistagssitzung eine äußerst heftige Verurteilung für die Selbstwirtschaft hervorrief. Die Gemeinden Hatterheim, Mühlstein, Nied und Sindlingen forderten sofort in dringenden Eingaben an den Kreisrat die sofortige Einführung der Selbstwirtschaft und erreichten damit die Einberufung einer außerordentlichen Kreistagssitzung. Unter den sämtlichen Landkreisen Nassaus sei Höchst der einzige, der keine Selbstwirtschaft treibe, hieß es als Begründung in der Eingabe der genannten Gemeinden. Als weitere Gründe führte man die Verteuerung des Getreides durch die Frachten, die bessere Viehhaltung und die Erhaltung des Milcherzeugnisses an.

In der Sitzung des Kreistags erklärte der Landrat nun: Für die Versorgung der Kreisbevölkerung mit Brot sind jährlich 73 534 Doppelcentner Weizen und Roggen nötig, die Ernte im Kreise dagegen ergebe schätzungsweise nur 76 669 Doppelcentner, mithin fehlen etwa 16 865 Doppelcentner, die von außerhalb beschafft werden müssen. Diese Reklamation vergrößert sich noch, wenn die Proportionen erhöht werden sollten. Ob die Getreidegenossenschaft bei der Selbstwirtschaft dem Kreise das Defizit ausfüllen wird, sei fraglich, da sie nicht dazu verpflichtet sei. Läge sie es, so bestünde sie auf sofortiger Abnahme des Zulaufes und dieser müßte doch gelagert werden. Auch die Mühlen des Kreises seien nicht für die Vermahlung der großen Mengen eingerichtet. Ferner könne neuerdings die Mehllieferung durch die Futtermittelstelle hinaus, alles Maßnahmen, die gegen die Selbstwirtschaft sprächen. Dazu kommt, daß bei der Selbstwirtschaft der Kreis sofort fast 600 000 Mark zur Übernahme der gegenwärtigen Ernte bereit haben muß, daß er einen besonderen Beamtenapparat schaffen muß, daß Lagerräume zu errichten seien. Es sei also sehr fraglich, ob das Brot dann billiger geliefert werden könne. Beachtenswert sei auch, daß im Kreise nur 21 167 Morgen mit Getreide bepflanzt seien oder nur 37 Prozent des gesamten Ackerlandes.

Die Diskussion brachte die schon oben angegebenen Interessengegenstände scharf zum Ausdruck. Dr. Blauf (Höchst) bezeichnete den Kreis als rein industriellen, der nicht in der Lage sei, die Selbstwirtschaft zu treiben, wenn er nicht ganz bedeutende finanzielle Einbußen haben wolle. Er beantragte Ablehnung der Selbstwirtschaft.

Schloß (Hatterheim), ein Vertreter der Landwirtschaft kritisierte die Leistungen der Getreidegenossenschaft und trat im Interesse der heimischen Landwirtschaft für die Selbstwirtschaft ein. Auch sämtliche fünf Personen, die kürzlich die Ernte abgeklärt hatten, schlossen sich dem Vorredner an. Als Senator erklärte sich Dr. Bauer, der alle Gründe der Freunde der Selbstwirtschaft als nicht stichhaltig bezeichnete. Nach weiterer Debatte wurde schließlich mit 17 gegen 7 Stimmen Getreidegenossenschaft zu übertragen und keine Selbstwirtschaft zu treiben.

Höchst ist infolge dieses Beschlusses der einzige ländliche Kreis des Regierungsbezirks Wiesbaden, der seine Kreisbefugnisse durch die Reichsgetreidegenossenschaft mit Brotgetreide versorgen läßt. Angesichts der ganzen Sachlage ist der Beschluß sehr vernünftig.

Bad Nauheim, 21. Juli. (Brand.) Ein Brand vernichtete heute nacht die Wirtschaftsgebäude eines Hauses in Hinter dem Mahnen.

Darmstadt, 21. Juli. (Ein Verbrechen.) Wegen Verleumdung des Pfarrers Erdmann in Rausheim bei Groß-Gerau hatte sich heute der verantwortliche Redakteur des hiesigen „Volksfreund“, Genosse B. Anobis, vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Mitte Januar d. J. war eine Witwe in Rausheim wegen schwerer Mißhandlung eines 9 Jahre alten Pflegekindes durch einen Gendarmen zur Anzeige gebracht worden. Aus Furcht vor Strafe hatte sich bald darauf die Frau erhängt. Mit Rücksicht auf die Noth der Frau hatte sich der Pfarrer anfangs geweigert, sie zu



**Dem Andenken unserer auf dem
Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!**

Jakob Ochs, Anstreicher, Frankf.-Nordost 1
29 Jahre, gefallen am 18. Mai in Ostland

Johann Pfister, Frankf.-Miederrad
21 Jahre, gefallen am 1. Juli in Frankreich

Heinrich Langlig, Hesseldorf
weiter in Ostland erbliebenen Verwundung am 11. Juli erlitten

Georg Mez, Kahl
gefallen in Frankreich

Josef Zeller, Kahl
gefallen in Frankreich

Grabe zu geleiten, sich schließlich aber auf Zureden der Verwandten bereit erklärt, die Beerdigung vorzunehmen. Er hatte aber am folgenden Nachmittag verletzungsanfällig in Rausheim Konfirmandenstunde abgehalten und verspätete sich etwa 10 Minuten. Inzwischen hatten die Angehörigen, als kurz nach 5 Uhr der Pfarrer nicht eingetroffen war, den Leichenzug unter Glockengeläute in Bewegung setzen lassen. Kurz vor dem Ortsausgang ließ der Pfarrer auf die Leiche, trat indessen, über das ganze Vorgehen erschaut, da er gehofft hatte, daß man etwas auf ihn warte, in ein Haus, bis der Leichenzug vorüber war. Die Angehörigen, darüber erbost, Veranlassung durch Vermittlung des Landtagsabgeordneten Raab die Aufnahme eines Artikels im hiesigen „Volksfreund“, in dem dem Pfarrer Erdmann Vorwürfe und Wortbeugungen nachgesagt wurde. Deshalb war gegen Raab und Anobis Anklage erhoben worden. Raab hatte sich mit Rücksicht auf seine Amtsnachfolge als Abgeordneter dem Verzicht nicht gestellt. In der Verhandlung erklärte der Angeklagte Anobis, daß er den Artikel nicht verfaßt, sondern ihn nur von dem als glaubwürdig geltenden langjährigen Mitarbeiter des Raab übernommen habe. Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe und Publikationsverbot im „Volksfreund“. Der Staatsanwalt hatte 200 Mark Geldstrafe beantragt.

Groß-Gerau, 22. Juli. (Brand.) Gestern Abend gegen 9 Uhr brach in einem Lagerstuppen der Groß-Gerauer Ackerfabrik ein Feuer aus, durch das Schnitzel, Maschinen und verschiedene Materialien vernichtet wurde. Die Ursache des Brandes ist bisher nicht bekannt.

Julda, 20. Juli. (Leuere Frühkartoffeln.) Landwirte hiesiger Gegend, die von der Stadt Saatkartoffeln zu ermäßigten Preisen bezogen haben, bringen die ersten Frühkartoffeln (Frühroten) auf den Markt. Die Stadt zahlt laut Vereinbarung für den Zentner dieser Kartoffeln 10 Mark. Das ist u. E. ein sehr hoher Preis.

Aus Frankfurt a. M.

Kartoffelzucht im Palmengarten.

Von Herrn Gartendirektor Siebert wird uns geschrieben: Mit Kriegsbeginn hat der Palmengarten lebhaften Anteil an der Lösung landwirtschaftlicher Aufgaben genommen. Seine sonst der Pflanzung von Blumen dienende Anbaufläche hat er zum großen Teil wirtschaftlichen Zwecken überlassen und dort einen Kuster-Gewäsegarten eingerichtet. Jetzt ist er zur Kartoffelzucht übergegangen. Er hat davon 41 Sorten angebaut und diese aus den verschiedensten Teilen Deutschlands bezogen. Es sind frühe, mittelfrühe und auch späte Sorten, die auf Güte, Ertrags- und Widerstandsfähigkeit in gleicher Weise geprüft werden sollen. Alle sind Kulturformen, also gezielte Verbesserungen früherer Sorten und mehrheitlich nicht mehr zu vergleichen mit dem ursprünglichen, anollen tragenden Solanum tuberosum, der Kartoffel und ihren ersten Abarten, wie sie einst aus den Anden Perus und Chiles in Europa eingeführt worden sind.

Neuerdings hat man wieder eine neue Erbsenart eingeführt, und zwar die sogenannte Samplartoffel aus Südamerika. Gleichen sind vier Reklamationen geplant worden, die eine absolute Widerstandsfähigkeit gegen Kartoffelkrankheiten besitzen und auf schlechten und feuchten Böden große Erträge stetiger Kartoffeln liefern, selbst trockene Perioden besser als alle anderen Kartoffelsorten ausfallen und für unsere Verhältnisse sich glänzend bewährt haben sollen. Das ist sehr zu beachten und wir werden es feststellen. Die Sorte „Reform“, eine Verbesserung der alten Samplartoffel mit röhrenförmiger Schale, soll auf Weiden nach schöne Erträge außer Kartoffeln bringen, wo jede andere Sorte versagt, und für den Küchengarten ist sie besonders deshalb wertvoll, weil es die beste Kartoffel zur Verfertigung von schmeckenden, wässrigen Mören ist. Die Sorte „Ritter“ wird als die beste Besselfartoffel und „Heberfluh“ wegen ihres hohen Stärkegehalts, sowie vorzüglichen Geschmackes gerühmt. Man stellt wie wertvoll die besten Kartoffelprodukte werden können und auf diesem Gebiete viel mehr gesehen. Aber das verlangt auch eine Zuchtanstalt und den richtigen, unflüchtigen, tüchtigen Pflanzenzüchter mit großer Liebe. Wir müssen warten, denn alle Sorten gehen aus, und vorwärts müssen wir kommen, um unsere Bodenfrüchte an innerem Gehalt zu verbessern, wie dem Boden bestmögliche Erträge abzugeben. Eine dankbare Lebensaufgabe wäre es gewiss für einen begeisterten deutschen Mann, wenn er das Gebot der Anollenkonsumation züchterisch bearbeitet und mit den besten Kartoffelsorten Anollenkonsumation anstellen würde. Bei verständnisvoller Arbeit unter Benützung des besten alten Mehlens wird sich sicherlich zu ausgezeichneten Erfolgen, die dann auch eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen die Krankheiten zeigen würden.

Und nun noch etwas über das wenig gekannte Verfaßten, Kartoffeln aus Steddingen zu ziehen. Wir haben auch dieses versucht, und diese Pflanzweise wird sich zweifellos mehr Eingang verschaffen. Dazu gehört allerdings eine Auktion unter Glas; aber wenn es J. A. an Saatkartoffeln fehlt, kann man ganz gut mit den von einem Hise Anollen bezogenen Steddingen ein A. d. 100 Quadratmeter, bepflanzen, was mit dem genannten Quantum Anollen nicht möglich ist. Vorausgesetzt, daß die Anollen gesund und die Augen nicht ausgefrüht sind, bringt man sie auf ein Sandbett eines warmen Hauses, trübt sie langsam, macht Steddinge genau wie bei Pelargonien oder Dillien und behandelt diese ebenso. Zur Zeit des Auspflanzens, also Mitte Mai, wenn keine Nachfröste mehr zu befürchten sind, kann man durch fortgesetzte Gießung so viel Wasser geben, wie man braucht. Die Steddingpflanzungen haben jetzt schon walnussgroße Kartoffeln, und wer sich von dem gesunden Stand dieser Anzucht überzeugen will, besuche den Palmengarten.

Zwei „Blau“ für den Feldweibel. Ein Sohn des Kaufmanns Salu Goldschmidt war als Landsturmmannschütze beim Train eingezogen worden, wurde dann aber zur Infanterie versetzt. Am

5. Mai sollte er ins Feld rücken. Am Tage vorher kam er zum Feldweibel und klagte über seine schlechten Augen. Tatsächlich hat er schwache Augen und ist seit Jahren in Behandlung des bekannten Augenarztes Dr. Carl gewesen. Aber warum fiel ihm das erst ein, als es an die Front gehen sollte? Der Feldweibel schickte ihn zum Heilberarzt, und dieser bestimmte, daß er dem Stabsarzt vorgestellt werden solle. Infolgedessen ging der Transport an die Front ohne ihn ab. Das Ergebnis der stabsärztlichen Untersuchung war die Überweisung zu den Armierungstruppen. Vor der Untersuchung durch den Stabsarzt man machte der Vater Goldschmidt dem Feldweibel einen Besuch, dankte ihm für die gute Behandlung seines Sohnes und fragte, was er tun solle, damit sein Sohn, der doch nur einmal schlechte Augen habe, auf ein Bureau kommandiert werde oder wenigstens von der Infanterie weglasse, etwa zum Train. Darauf habe er keinen Einfluß, erklärte ihm der Feldweibel, das sei Sache des Stabsarztes. Trotzdem fanden sich an einem der nächsten Tage, aber immer noch vor der stabsärztlichen Untersuchung, in einem Briefumschlag, ohne Begleitschreiben und Unterschrift, zwei Hundertmarkscheine bei dem Feldweibel ein. Nur die Adresse war angegeben — es war die des Herrn Salu Goldschmidt. Der Feldweibel schickte das Geld zurück und stellte Strafantrag wegen Verleumdung. Auch der Bataillonskommandeur stellte Strafantrag wegen Verleumdung seines Untergebenen. Diese Strafanträge wurden zurückgezogen, nachdem Herr Goldschmidt eine Ehrenerklärung abgegeben und zur Einnahme eines größeren Betrages an die Kriegsfürsorge abgeführt hatte, so daß es sich an der Strafkammer nur noch um Verurteilung handelte. Herr Goldschmidt versicherte, daß er dem Feldweibel nur seine Anerkennung für die gute Behandlung seines Sohnes habe bezeugen wollen. Das Gericht war aber doch der Meinung, daß er den Feldweibel habe bestimmen wollen, für den Fall, daß das Ergebnis der Untersuchung durch den Stabsarzt den Erwartungen nicht entspreche, auf eine mit der Dienstpflicht nicht in Einklang stehende Weise zugunsten seines Sohnes einzugreifen. Es lag somit nach der Überzeugung des Gerichts Verleumdung vor, und der Antragslage wurde zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt. Die 200 Mark als Verleumdungsgeld sind dem Staat verfallen. Der Herr Goldschmidt sein Einkommen aus seiner Heilberufung auf 6 000 Mark jährlich schätzt, so wird er trotz dieses kleinen Sonderopfers, das er auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen muß, „durchgehalten“, besser wie mancher arme Teufel. Aber er ist um eine Erfahrung reicher.

Verurteilte Soldaten. Auf dem Rurfortenplatz warf am Mittwoch mittag ein wildgewordenes Pferd einen Artilleristen ab. Dieser stürzte kopfüber auf das Straßenpflaster und erlitt sehr schwere Kopfverletzungen, so daß er lebensgefährlich verletzt dem nahen Elisabethkrankenhaus zugeführt werden mußte. Der 19jährige Infanterist Diez aus Burglams geriet am Goldbühlhof unter einen Straßenbahnwagen, dessen Räder ihm das linke Bein abfuhr.

Telegramme.

Verurteilung wegen Aufreizung.

Bremen, 22. Juli. Der Vorsitzende der hiesigen Filiale des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Reineke, stand vor der Strafkammer wegen Aufreizung zum Massenhaß und Verleitung der Soldaten zur Auslieferung gegen die militärische Macht und Ordnung und zum Ungehorsam gegen die Befehle. Er hat 100 Exemplate des Flugblattes „Der Feind steht im eigenen Lande“ verbreitet. Er wurde nach einer Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu neun Monaten Gefängnis verurteilt; sieben Wochen Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt. Er wurde auf freien Fuß gesetzt.

Die Kriegskredite vor dem Unterhause.

London, 22. Juli. Masquith erklärte, der Rest der bisherigen Bewilligungen betrage 190 Millionen Pfund Sterling. Er würde bis 21. September reichen. Aber die Regierung wolle der Bank von England Vorschläge in Verbindung mit Vorkontrollen auswechseln zurückgeben, die noch viele Millionen betragen würden. Ferner würden die täglichen Kriegsausgaben steigen. Der Restbetrag werde also nur bis Ende August reichen. Die neuen geforderten Kredite von 150 Millionen Pfund Sterling würden weniger als 50 Tage reichen. Masquith lehnte es ab, über allgemeine Fragen der Politik und Kriegsführung zu sprechen. Das Haus solle sich bis zur nächsten Woche betagen und nach sechs oder sieben Wochen wieder zusammentreten. Die Regierung wolle der Kritik nicht ausweichen, aber die Minister müßten für einen gewissen Zeitabschnitt ihre volle Aufmerksamkeit der großen Aufgabe zuwenden, über welche sich alle Parteien des Hauses und alle Teile der Nation einig seien. Masquith betonte, daß die Kriegsbewilligungen jetzt tausend Millionen Pfund erreichten und würden vielfach auf das Doppelte steigen. Die Nation müsse das Ganze begreifen. Sparsamkeit sei notwendig. Aber die Regierung habe darin kein gutes Beispiel gegeben und fehle erst jetzt die Sparkommission ein. Sir Henry Dalziel (Liberal) sagte, die Regierung könne sicher sein, daß das Parlament alle ihre Forderungen einstimmig bewilligen werde. Das Haus habe das volle Vertrauen, daß die Regierung diplomatisch und militärisch ihr Bestes tue, um den Krieg möglichst bald zu dem gewünschten Ende zu führen. Dann forderten noch mehrere Redner, es solle sparsamer gewirtschaftet werden. Hingham (Liberal) sprach die Überzeugung aus, daß im Kriegsmomente eine Verbesserung zu erwarten sei, bevor einige Beamte als abfälliges Beispiel in Whitehall gehen würden. Warham (Liberal) sagte, das Unterhaus scheine ihm ebenso freudig zu sein, wie die Presse, von der nur eine einzige Blättergruppe den Mut und die Ehrlichkeit besitze, die Mißstände im Kriegsmomente bloßzustellen. Price (Liberal) sagte, er erblicke keinen Fortschritt im Konfessionsministerium. Tomes (Liberal) fand es unerklärlich, daß Kritiker die Anklagen gegen das Kriegsmomente nicht beantworteten. Kritiker sollte das Kriegsmomente verteidigen und sagen, ob die Anklagen wahr seien oder nicht. Die Nation fühle sich sehr besorgt und bedrückt. Wenn Kritiker keine Erklärung gebe, verdiene er selbst Tadel. Das Land werde bald wissen wollen, weshalb Kritiker nicht ebenso zur Rechenschaft gezogen werde, wie andere Minister.

Einberufung der Duma.

Petersburg, 22. Juli. (B. B. Nichtamtlich.) Meldung der Petersburger Telephonengatur: Ein Uras des Jaren ordnet die Einberufung der Duma für den 1. August an.

Folgen des Handelskriegs in Holland.

Haag, 22. Juli. (B. B. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe Courant“ meldet: Die am Dienstag in Utrecht abgehaltene Versammlung der Fabrikanten von Glühlampen und Leuchtlaternen hat beschlossen, am Montag die Fabriken zu schließen, wenn nicht das Ausfuhrverbot aufgehoben oder so abgeändert wird, daß eine Ausfuhr ungehindert stattfinden kann.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren

Große Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner.

41 Wellritzstrasse 41.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Das Einmachen der Früchte

von J. J. Schneider.

Mit 24 Abbildungen. Preis 20 Pfg.

Nach anwärts Porto 3 Pfg.

Buchhandlung Volksstimme